

Motion Kommission für Soziales, Bildung und Kultur SBK (Pascal Rub, FDP/Lea Kusano, SP): Leistungsvertrag mit BASAG

Forderungen

1. Die Situation rund um die Miet- und Auftragsverhältnisse bei der BASAG sind zu entflechten. Für den öffentlichen Eislauf ist ein Leistungsvertrag mit der effektiven Leistungserbringerin abzuschliessen. Dieser Leistungsvertrag hat den üblichen Standards zu genügen und soll im Falle eines Nichterreichens auch Entschädigungskürzungen möglich machen.
2. Die Leistungsverträge sind so abzuschliessen, dass die Finanzströme transparent ausgewiesen werden, eine indirekte Subvention des professionellen Eishockeys (SCB) ist damit auszuschliessen.
3. Dem Stadtrat ist bis Ende 2014 einen Zwischenstand über die geplante Areal-Entwicklung und einen Businessplan für die BASAG vorzulegen. Darin soll als Szenario aufgezeigt werden, wie in Zukunft auf die Mittlerrolle der Stadt zwischen Eigentümerschaft und Nutzerschaft verzichtet werden kann.

Begründung

Die heutige Konstellation ist viel zu kompliziert. Als das Eisstadion letztmals saniert wurde, wünschte der Investor (SPS) eine solvente Mieterschaft. Anstelle des SCB ist deshalb die BASAG als Mieterin eingesprungen, welche ihrerseits das Stadion wiederum dem SCB weitervermietet. Dadurch wurde defakto eine Staatsgarantie begründet.

Der Vertrag betreffend öffentlicher Eislauf auf dem Areal der PostFinance-Arena, den die Stadt Bern mit der BASAG abgeschlossen hat, gleicht mehr einer Defizitgarantie als einem Leistungsvertrag. Die im Leistungsvertrag der Vorperiode zugesagten Leistungen wurden nur teilweise erfüllt. Eine Reduktion der Entschädigung ist nicht erfolgt. Bereits der Versuch einer Entschädigungsreduktion scheiterte, weil durch die fehlenden Einnahmen bei der BASAG die Hauptaktionärin – die Stadt Bern – zu Sanierungsmassnahmen bei ihrer Beteiligung gezwungen worden wäre. Der Gemeinderat hat deshalb auf eine Reduktion der Entschädigung verzichtet und muss für die dadurch entstehenden Mehrausgaben nun einen Nachkredit beantragen.

Weiter verkompliziert wird die Konstellation dadurch, dass die BASAG die Leistungen für den öffentlichen Eislauf nicht selbst erbringt, sondern bei Dritten einkauft. Während des abgelaufenen Leistungsvertrages wurde die Leistungserbringung von der Bern expo zur infraPost gewechselt.

Die Unzufriedenheit betreffend Komplexität und Sachzwängen wird weder vom Gemeinderat, von der Verwaltung noch von der Betreiberorganisation bestritten. Der Handlungsbedarf ist erkannt.

Bern, 30. Januar 2014

Erstunterzeichnende: Pascal Rub, Lea Kusano

Mitunterzeichnende: Lea Bill, Sandra Ryser, Roland Jakob, Martin Schneider, Katharina Altas, Lukas Gutzwiller

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Die BASAG wurde im Jahr 1970 gegründet, um die Überdachung des (damaligen) Allmendstadions zu finanzieren. Ab diesem Zeitpunkt gehörten der Gesellschaft (damals noch unter der Firma Berner Ausstellungszentrum AG, BAZ) das Dach und die Stehrampe des Stadions. Die Gesellschaft befand sich immer im mehrheitlichen Eigentum der Stadt Bern.

2001 übertrug die Stadt den Rest des Stadions (inkl. Aussenfeld) auf die BASAG (Gegenleistung: 3,375 Mio. Franken in Aktien; 3,225 Mio. Franken in bar resp. gegen Darlehen) und beauftragte diese zugleich mit dem Betrieb des Stadions. Diese Aufgabe wurde ursprünglich durch die Sportbetriebe Bern AG wahrgenommen, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der Stadt, welche im Zuge der Rücküberführung der Eis-und-Wasser-Betriebe in die Stadtverwaltung 2001 aufgelöst wurde. Die für die Ka-We-De und das Weyermannshaus zuständigen Mitarbeitenden der Sportbetriebe Bern AG wurden damals durch die Stadt Bern (Sportamt) übernommen, die Mitarbeitenden in der Allmend (heute PostFinance-Arena) durch die BEA, welche den Betrieb im Auftrag der BASAG fortan durchführte (im Jahr 2011 hat dann die InfraPost AG die entsprechenden Mitarbeitenden übernommen und führt das Mandat der BASAG ab diesem Zeitpunkt weiter).

In der Folge wurden über Jahre hinweg unter Federführung der Stadt Bern Lösungen für eine Sanierung resp. einen Neubau der Arena gesucht. Erst im Hinblick auf die Kandidatur für die Eishockey-WM 2009 konnte eine realisierbare Lösung und mit der SPS Immobilien AG eine Investorin für die Totalsanierung gefunden werden. Im Zuge der Totalsanierung übertrug die BASAG das Eigentum am Stadion (Baurecht) auf die SPS. Die BASAG fungiert seither als Hauptmieterin des Stadions und ist zuständig für den Betrieb und das Facility Management der PostFinance-Arena, welches im Mandat von der Post Immobilien Management und Services AG (IMS) - ehemals InfraPost AG - sichergestellt wird.

Der Schlittschuh Club Bern SCB ist seinerseits Untermieter der BASAG für die meisten Räumlichkeiten, welche die BASAG von der SPS mietet. Ausgenommen sind diejenigen Räumlichkeiten, welche nur den Betrieb und/oder den öffentlichen Eislauf betreffen.

Das Gesamtkonstrukt ist zweifelsohne komplex und für die Stadt Bern unüblich. Jedoch: seine Etablierung war und ist für die Stadt Bern wirtschaftlich sehr vorteilhaft: Nur Dank des Einbezugs eines Investors (SPS) konnte das Eisstadion im 2009 saniert werden, die Stadt wurde von hohen Investitionen befreit. Zudem war das Gesamtkonstrukt erforderlich, da die SPS für die Realisierung des Projekts die Bedingung aufstellte, dass sie den langjährigen Mietvertrag mit einer Gesellschaft abschliessen wollte, welche grossmehrheitlich durch die Stadt Bern gehalten wird. Die Stadt Bern bildet mit 72 Prozent Aktienkapital an der BASAG demzufolge die Garantin für den durch die BASAG an SPS zu leistenden Mietzins, der bis 2029 geschuldet ist.

Der Leistungsvertrag entspricht im Übrigen nicht einer Defizitgarantie. Einerseits ist das darin enthaltene Entgelt seit über einem Jahrzehnt praktisch gleich geblieben, andererseits können die dadurch entstehenden Kosten durchaus mit den anderen Eisbahnen der Stadt Bern verglichen werden.

Die geplante Weiterentwicklung des Gesamtareals eröffnet in mehrfacher Hinsicht neue Möglichkeiten und Chancen: die Rentabilität des Areals kann zum Nutzen der Stadt verbessert und sportlich in Umsetzung der städtischen Eisstrategie weiterentwickelt werden. Im gleichen Zug sollen das heutige Konstrukt überprüft und mögliche Vereinfachungen im Bereich des öffentlichen Eislaufens/Eishockeys einerseits und der Verwaltung der Immobilie andererseits realisiert werden.

Die BASAG ist zusammen mit den zuständigen Verwaltungsdirektionen daran, die Entwicklung des Gesamtareals im Sinne und zum Nutzen der Stadt Bern voranzutreiben. Machbarkeitsstudien sind in Auftrag gegeben resp. bereits in der Phase der Auswertung und Verfeinerung. Erste Ergebnisse

können während des laufenden Jahrs bekannt gemacht werden. Aus Sport- und Finanzsicht ist es zentral, dass der in der Eisstrategie des Gemeinderats verankerte Eishockeycluster beim Post-finance-Areal zustande kommt und die Eishalle realisiert werden kann.

Zu den einzelnen Forderungen der Motion

Zu Punkt 1 und 2:

Mit SRB 2014-18 vom 30. Januar 2014 genehmigte der Stadtrat einen Verpflichtungskredit von Fr. 2 152 000.00 an die Bern Arena Stadion AG für die Jahre 2013 - 2015 und ermächtigte den Gemeinderat, mit der Bern Arena Stadion AG einen entsprechenden Leistungsvertrag abzuschliessen; der Entwurf des Leistungsvertrags lag dem damaligen Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat bei.

Die Motionsforderung bezieht sich somit auf kommende Leistungsvertragsperioden. Wie einleitend dargelegt, beabsichtigt der Gemeinderat, im Zusammenhang mit der aufgegleisten Entwicklung des Gesamtareals das heutige Konstrukt zu überprüfen und wo möglich zu entflechten. Alternativmodelle und deren Konsequenzen sollen dargelegt und dem heutigen Konstrukt gegenübergestellt werden. Der Gemeinderat ist aber klar der Meinung, dass sich das Konstrukt gerade auch im Quervergleich zu anderen Städten insbesondere wirtschaftlich bis anhin bewährt hat.

Zu Punkt 3:

Eine Machbarkeitsstudie zur Entwicklung der Vorderen Allmend ist initiiert. Der Gemeinderat ist bereit, den Stadtrat im Rahmen der Berichterstattung zum vorliegenden Vorstoss über den Stand der Dinge zu orientieren.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die personellen und finanziellen Folgen lassen sich heute noch nicht abschätzen. Sie hängen wesentlich von der Weiterentwicklung des Gesamtareals und vom gewählten Konstrukt ab.

Fazit: Der Abschluss von Leistungsverträgen liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Der Gemeinderat anerkennt und teilt jedoch das Bedürfnis des Stadtrats, das heutige Konstrukt zu überprüfen und wo möglich zu entflechten. Der Gemeinderat ist bereit, dem Stadtrat im Rahmen des Begründungsberichts zum vorliegenden Vorstoss mögliche Alternativmodelle aufzuzeigen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 2. Juli 2014

Der Gemeinderat